



ACHTUNG: STATISTIK

Steuerentlastung: 50 Milliarden Euro

VON BJÖRN UND SÖREN CHRISTENSEN

Kürzlich hat der Schleswig-Holsteinische Ministerpräsident Torsten Albig dem Focus ein Interview zu möglichen Auswirkungen von Steuerentlastungen gegeben. Darin erteilte Albig Steuerentlastungsplänen auch aus den eigenen politischen Reihen mit der Begründung einer Absage, dass „Steuerreformen, die nicht mindestens 50 Milliarden Euro bewegen, der einzelne Bürger gar nicht (merkt)“. Erst einmal klingt dies nicht unplausibel. Ähnliche Einwände wurden ja auch etwa bei der anstehenden Erhöhung des Kindergeldes vorgebracht. Und natürlich kann man Albigs Ausführungen gerade auch vor dem Hintergrund eines Schuldenbergs von gut zwei Billionen Euro unterschiedlich bewerten. Dem Leser des Interviews mag es aber wie den Autoren dieser Kolumne gehen: Beträge in dieser Größenordnung sind schwierig zu beurteilen. Es handelt sich schließlich um sehr große Zahlen, mit denen man im täglichen Leben kaum Umgang hat. Es stellt sich also die Frage, was eine mögliche Steuerentlastung von 50 Milliarden Euro für den einzelnen Steuerpflichtigen wirklich bedeuten würde. Merkt man dies im Alltagsleben wirklich nicht?

Hier hilft zur Beurteilung schon ein ganz einfaches statistisches Hilfsmittel: die Umrechnung der Zahl auf den Einzelnen. 2012 – das letzte Jahr, für das verlässliche Zahlen seitens des Statistischen Bundesamtes vorliegen – gab es 26 706 830 Steuerpflichtige in Deutschland. Hierzu ist anzumerken, dass zusammen veranlagte Ehegatten als ein Steuerpflichtiger gezählt werden. Diese Steuerpflichtigen haben im Durchschnitt knapp 8000 Euro Lohn- und Einkommensteuer gezahlt. Eine Steuerentlastung in Höhe von 50 Milliarden Euro entspräche einer Entlastungssumme von 1872 Euro je Steuerpflichtigem und Jahr, wenn man davon ausgeht, dass alle Steuerzahler gleichmäßig entlastet würden. Die Steuerlast würde also um gut 23 Prozent reduziert. Jeder einzelne Steuerpflichtige müsste immerhin 156 Euro pro Monat weniger an Steuern bezahlen. Dass diese Summe der Bürger gar nicht merken würde, erscheint dann doch zweifelhaft. *



FOTO: MARKUS SCHOLZ /DPA – MONTAGE: LUNDT